

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Verlagspreis: Die Wöchentliche Fortsetzung 20, Restsumme die 30 W.

Abrechnungnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10 bei Händlern vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal, und zwar Dienstag, Mittwoch und Freitag jeweils 7 Uhr für den folgenden Tag.



Bestellfähiger Bezugswert: durch unsere Geschäftsstelle 1,75 Wkt. von unten oben im Jahr gebracht 1,95 Wkt und durch den Besteller 1,95 Wkt.

Bestellfähiger und monatliche Besage werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von unten oben und allen Bestellen angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 90.

Sonnabend, den 2. August 1919.

58. Jahrgang.

## Die letzte Woche.

Gerade zur fünften Wiederkehr des Tages der Mobilmachung von 1914 ist die stürmische Bergangheits-Debatte in der Nationalversammlung zu Weimar über die Friedensbedingungen des Sommers 1917 zum Abschluss gekommen. Nach dem, was in diesen Erörterungen ausgesprochen ist, können wir heute auch die Frage aufwerfen, ob der Krieg überhaupt zu verhindern war, denn Österreich-Ungarn ist von vornherein kein Bundesgenosse der erstklassigen Mächte gewesen. Von Berlin aus hat es im Juli 1914 an ersten Versuchen, den Frieden zu erhalten, nicht gefehlt, aber der Kriegswille der Entente war mächtiger. In vielwöchiger in Petersburg, Paris und London die Bevölkerung der Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns zureichender gemessen, als in Berlin, wo man im Ausdrücklichen Sinne auch von England so gut dachte, daß man nicht an seine Teilnahme am Kriege glauben wollte? Hat in London die Überzeugung bestanden, daß Österreich kein vollständiger Bundesgenosse für Deutschland sei, so wäre vor dem Beginn der kühnen britische Entschlossenheit zur Teilnahme am Kriege erklärt.

Trotzdem hat England im Verlauf des Krieges hart genug in Verbindung geraten, und es hat dann auch nach Angelegenheiten gesucht, um für den schlimmsten Fall auch Eisen im Feuer zu haben, wie es immer die Methode der englischen Politik war. Das ist der Hintergrund des gegenwärtigen englischen Friedenswunsches vom 30. August 1917, der Großbritanniens zu nichts verpflichtete, aber doch zu einer Verhandlungsphase werden konnte, wenn es die Verhältnisse als ratsam erachteten ließen. Diese eigentliche Absicht des Londoner Friedenswunsches hätte aber der Reichsminister Dr. Michaelis sofort erkennen und es darauf festlegen sollen. Daraus wäre dann für Deutschland hätte eine wirksame diplomatische Waffe geworden, denn daß schon im September 1917 die Verhandlungen zum Frieden eingeleitet hätten, ist nicht anzunehmen. Denn man wüßte ja in London, oder erfuhr es doch gleich nachher, wie es um Österreich-Ungarn stand, nachdem man schon ein Vierteljahr vorher durch den Bruder der Kaiserin Frau von Österreich die Mitteilung erhalten hatte, daß der Wiener Hof zum Frieden geneigt war und ihn mit Opfern erkaufen wollte.

Und damit gelangen wir zu dem scharfen Gegensatz in der Auffassung der Kriegslage, wie er zwischen Wien und Berlin in jener kritischen Zeit bestand, über den in Weimar meist fortgegangen ist. Der Minister des Auswärtigen Graf Czernin, in Wien fast unter dem 12. August 1917 den Krieg zu bestimmen als verloren an, daß er mit schmerzlichen Anwandlungen für die Mittelmächte rednete. Im Berliner Kramont vom 9. September 1917 füllten Hindenburg und Ludendorff dagegen noch die Fortdauer auf, die nach ihrem militärischen Ermessen für Deutschlands Sieg mit Bezug auf Belgien erforderlich seien. Das dieser Widerspruch der Wiener und Berliner Anschauungen über die Kriegslage auf die Dauer nicht gut tun konnte liegt auf der Hand. Und Tatsache ist, daß Österreich-Ungarn militärisch in Italien Mitte 1918 verlagte, als wir uns zu großen Hoffnungen anschickten. Wenn die österreichische Defensivstrategie im vollen Maße geltend worden wäre, so hätten wohl deutsche Truppen im Osten fortgenommen und zur Abklärung der mühen Soldaten im Westen verwendet werden können. Damit hätte sich im Oktober und November 1918 vielleicht alles geändert.

Wir müssen diese Bergangheits-Debatten schließlich doch zum Abschluss gelangen lassen, denn die Gegenwart hat das größte Recht, und die Pflicht, diesen zu genügen, sich obenan. Die Ansprüche der Entente auf Grund des Friedensvertrages, die schon laut werden, bestehen, daß uns nichts geschenkt werden wird, wir haben für Geld oder Gelbeswert, Sacharbeiter für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Städte und für Soldaten zu sorgen. Das alles ist nicht aus dem Boden zu kumpfen, und wir wollen nicht, daß die notwendige Arbeit nicht durch politischen Streit und Streit verunreinigt wird. Die Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar wendet sich jetzt wieder der Gesetzgebung zu. Nach der Reichsverfassung kommt die größten der zahlreichen Steuererträge an die Reichs.

Die Klartifizierung des Friedensvertrages ist noch nicht weiter fortgeschritten, die amerikanische Volkserklärung in Washington führt fort, dem Präsidenten Wilson Schwierigkeiten zu bereiten. Erfolgreichweise macht sich trotzdem die bessere Ernährung in Deutschland geltend, unter Sankt hat sich wichtig ins Zeug gesetzt, und auch die heimischen Erzeugnisse sind befriedigend bis gut. Berichte voll Optimismus kommen besonders aus den Gebieten des Rheins, die uns verloren gehen sollen, das Aufheben des staatlichen Zusammenhanges mit Deutschland macht Umwälzungen für die Bevölkerung nötig, die wir im alten Deutschland gar nicht im vollen Umfang durchführen können.

## Wenn Deutschland nicht unterzeichnet hätte.

Von gut unterrichteter Seite erfährt der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ in Rom, daß die Alliierten sich bereits grundsätzlich über die Maßnahmen geeinigt hätten, die für den Fall zu ergreifen waren, daß Deutschland der Friedensvertrag nicht unterzeichnet würde. Der erste Artikel des neuen Friedensvertrages, der Deutschland dann vorgelegt worden wäre, hätte folgendermaßen gelautet: „Das Deutsche Reich hat aufgehört zu bestehen.“ Die Alliierten hätten Deutschland dann in einzelne Staaten aufgeteilt die sich ohne die Zustimmung der Entente nicht wieder von neuem hätten zusammenschließen dürfen.

## Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Das Reichsnotgesetz — für den Feind.  
Die Entente ist prompt auf dem Platz. Der Gehenswurf über das Reichsnotgesetz ist eben erst vom Staatsanwaltschafts verabschiedet und noch nicht einmal der Nationalversammlung unterbreitet worden, und schon mettet sich der Oberste Rat der Alliierten um die 80 bis 90 Milliarden, um die das Reich hier das deutsche Volksermögen erleichtern will, für sich in Anspruch zu nehmen. Auf die Maßnahmen, die aus seinen Beratungen herauskommen werden, darf man wohl einigermaßen neugierig sein. Immerhin hat es an Beratungen vor dem Gedrungen unserer Feinde nicht gefehlt und obgleich an Vorschlägen, wie man es antworten sollte, auf anderen Wegen den Finanzbedarf der Reichsregierung zu befriedigen, ohne dadurch lediglich für die Steuererheber der Ententestaaten zu arbeiten.

## Die Wiedereinnahme an Polen.

Freilich von Vertretern der Friedenskonferenz schriftlich mitgeteilt, daß Deutschland den von den Alliierten vorgeschlagenen Übertragung der Souveränität Deutschlands auf Polen für die abtretenden Gebiete angenommen habe.

## Die Besetzung der Rheinlande.

Die Entente hat auf die deutschseits am 11. und 12. Juli in Versailles gestellten Forderungen wegen Ausführung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete in einem auf alle Einzelheiten der deutschen Wehrkraft eingehenden umfangreichen Schriftstück geantwortet, das in einer Reihe von wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkt die Besetzung trägt. Gleichzeitig erklärten sich die vier Wiedereinnahme bereit, die Verhandlungen über andere Punkte, so namentlich über Art und Umfang der Besetzungen, fortzusetzen.

## Die Militärhilfe.

Auf eine Anfrage von Lord Robert Cecil im englischen Unterhaus über den Mangel an Deutschland, der durch die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, wonach 150.000 Militärlieferungen abgegeben werden sollten, sich noch vorliegt, antwortete ein Minister der auswärtigen Angelegenheiten, daß die deutsche Requisition im besetzten Gebiete wieder aufzunehmen. Er habe aber erfahren, daß diese Bestimmungen nicht automatisch ausgeführt wird, sondern abhängig von den Beschlüssen des Wiederherstellungsausschusses, der die Tatsachen prüfen wird.

Ein Londoner Blatt teilt mit, daß man in Genävalien in Frankreich eine Sendung von 60.000 Militärlieferungen aus Amerika erwartet, wo sie mit großer Sorgfalt ausgeführt werden zur Wiederaufrichtung des französischen Militärbestandes.

## Der Raufuss gegen Erzberger.

Dem vatikanischen Korrespondenten der offiziellen französischen Zeitschrift wurde mitgeteilt, daß der Veröffentlichung der Dokumente durch Deutschland erklärt, daß der Sachverhalt ungenau dargestellt ist und falsch ausgelegt worden sei. Es handelte sich keineswegs um einen von England und Frankreich ausgehenden Friedensvertrag bei der kurzen Abfassung der Mitteilung des englischen Staatsanwaltschafts, wenn nicht der Reichsminister hätte vielmehr um das Gegenteil. Die Mitteilung hätte die Gründe auf, die einen Frieden in möglich machen, insbesondere jene, die Belgien betreffen. Der heilige Stuhl überdachte eine Erklärung mit einem Begleiterscheinenden an den Nuntius. Diese beiden Dokumente werden veröffentlicht werden. Es wäre dies bereits nachteilig für Erzberger, wenn nicht der „Katholische Roman“, das offizielle Organ des Vatikans, infolge des Streiks der Episcopaten am Erscheinung verhinbert wäre.

Die Satas-Meldung wird durch ein Telegramm des römischen Korrespondenten der Londoner „Times“ bestätigt, der von Kardinalstaatssekretär Emissario wurde. Dieser konnte nicht den Reichsminister ebenfalls, daß Erzbergers Erklärung nicht richtig war und daß der heilige Stuhl wegen des Mißverständnisses der betreffenden Dokumente dieselben veröffentlichen werde.

## Stückfleh Rocoellis nach München.

Der päpstliche Nuntius Monsignore Dr. Rocelli, der seit Auslösung der Räterepublik in der Schweiz weilte, wird Anfang August wieder nach München zurückkehren. Der Exilote Monsignore Scioppa wird in München aus Rom, wo er zu Besuch seiner erkrankten Mutter weilte, in München bereits wieder eingetroffen sein. Man führt die Rückkehr beider päpstlichen Diplomaten, einer Meldung aus München zufolge, auf die Entschlüssen von Weimar und die demnach bevorstehenden Veröffentlichungen der Kurie zurück.

## Neuorganisation der preussischen Polizei.

Die Bedingungen des Friedensvertrages legen dem Deutschen Reich, wie bekannt, die Verpflichtung auf, sein bestehendes Heer auf 100.000 Mann herabzusetzen. Diese 100.000 Mann sind aber in keiner Weise ausreichend, um bei der durch den Krieg und die Revolution gelockerten Moral und der dadurch vergrößerten Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Ordnung in allen Teilen des Reiches aufrecht zu erhalten, wie es für die Durchführung der Friedensbedingungen geboten ist. Es blieb also nichts übrig, da die Entente ein größeres Heer nicht zulassen will, als an einen Neuaufbau und eine Neuorganisation der preussischen Staatspolizei zu gehen. Die Organisation ist bereits im Gange. Über die Einzelheiten der Neuordnung wird folgendes bekannt:

In den preussischen Großstädten kam bisher auf etwa 250 bis 270 Köpfe ein Schutzmann, in den Landgemeinden auf etwa 3000 Köpfe ein Gendarm. Es ergab sich die Notwendigkeit, an Stelle der über das ganze Staatsgebiet verstreuten Schutzmannschaften junge Mannschaften, die nicht durch ihre Familien gebunden sind, für den Polizeidienst zu gewinnen. Nicht ist etwa beabsichtigt, die Schutzmannschaften zu mitalisieren, sie sind auch weiterhin unverändert bestehen und unter hohem Befehl stehen. Das wesentliche der Neuorganisation ist die Schaffung einer sogenannten Polizeiorganisation, die in der Hauptstadt auf 100.000 Mann zusammenzustellen ist und die in Provinzen untergebracht wird, um für den Fall von Unruhen die jetzt bereitete Truppe zur Verfügung zu haben. Die Art der Verwendung abhelt der der militärischen Einheiten. Die Schutzmannschaften wird mit 10 bis 15 Mann in Gruppen ausgestellt sein. Die noch neu zu bildende Mannschaften wird sich im allgemeinen aus in die gebildeten Unteroffiziere und Offiziere zusammensetzen.

Durch die Einführung des Militärstrafgesetzes auch bei der Polizei ist ein wesentlicher Unterschied zu verzeichnen, der, um zu der gleichen Zeit zu kommen, durch eine Vermehrung der Mannschaften ausgeglichen werden muß. Es ist daher in Preußen eine bedeutende Vermehrung der Schutzmannschaften notwendig. Im Großstadtgebiet Berlin würde danach die Schutzmannschaft die heute 7200 Köpfe zählt, auf etwa 3000 Köpfe vermindert werden müssen.

Die bisherigen Polizeibeamten sollen in den preussischen Städten ganz aus dem Sicherheitsdienst herausgehoben werden und im üblichen Polizeibetrieb Verwendung finden. Wechselschiffe in der Gendarmenpolizei, Wehrpolizei, Bergpolizei usw. Diese Beamten sollen in Zukunft keine Waffen tragen, sondern wie in England und Amerika mit einem Sammelwaffe ausgerüstet werden. Die Frage, ob diese Beamten uniformiert werden, ist noch unentschieden.

Die alte Schutzmannschaft wird nach der Durchführung der Neuorganisation in der bisherigen Größe nicht mehr notwendig sein. Sie wird auf etwa die Hälfte vermindert werden müssen. Diese Verminderung soll jedoch in der Weise durchgeführt werden, daß feinerle Rechte irgend eines Beamten dabei berührt oder beschränkt werden.

Die gesamte Neuorganisation soll vorläufig nur eine beispielhaftige sein, aus der Rat des Augenblicks heraus geboren. Zahlreiche preussische Stadtverwaltungen sind wiederholt an den Minister herangetreten mit der dringenden Bitte, möglichst sofort für eine angemessene Vermehrung der Sicherheitspolizei zu sorgen. Die Staatsregierung hat vorläufig davon abgesehen, die Landesverwaltung mit dem Projekt zu befragen. Die Staatsregierung hat jedoch den Rat, wie er vorliegt, vor sich auszugeben. Die Zustimmung der Entente zu der Neuorganisation liegt zwar noch nicht vor, dürfte jedoch erfolgen, da nur auf diese Weise einmündigen die Weimar geschlossen werden können, die Friedensvertragsbestimmungen nach Möglichkeit durchzuführen und die Erfüllung des Vertrages nicht durch innere Unruhen zu gefährden.

Das Kompositum über die territorialen Fragen. Die Mehrheitsentscheidungen, das Zentrum und die Demokratie haben über die Frage der Zuschuldung und Neugliederung von Bundesländern sich auf einen gemeinsamen Antrag zur dritten Lesung der Verfassung geeinigt. Danach soll im Art. 18 geort werden, daß nicht drei Fünftel aller Wahlberechtigten, sondern aller abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten, zum Beschluß einer Verfassungsänderung erforderlich sind, und daß eine solche Abstimmung auszufällig ist, wenn es sich nur um Abänderung eines Teils eines preussischen Regierungsbezirks, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt. Die Abänderungen des Gebiets von Ländern und die Abänderung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgen durch beschließende Versammlungen.

Die Städte und die Finanzverwaltung. Unter dem Vorbehalt des Oberfinanzdirektors Obermann sollen die



**Galle, 30. Juli.** In vergangener Nacht wurde in einem Geschäftshause in der Str. Ulrichstraße eine Schenkensfeier eingebracht und aus der Festeraulage vier Balken Fendentuch im Werte von 2000 Mk. gestohlen. Die in Frage kommenden drei Diebe wurden, beim Fortschaffen des Diebesguts von Polizeibeamten bemerkt und verfolgt; bei der Flucht warfen sie die Balken weg und sind unerkannt entkommen.

**Mühlhahn, 28. Juli.** Die gerichtliche Untersuchung des Brandes im Gehöft des Landwirts Edmund Großmann im nahen Ettfischleben, von dem wir bereits berichtet, hat ergeben, daß das Feuer von dem W. ter bestelben angelegt worden ist, der sich dann erhängte und mit verbrannte.

**Mühlhahn, 29. Juli.** Einem Schieber wurden in Göttern zwei Waggons mit Schotolade für 200 000 Mark beschlagnahmt.

**Der Steuerbesuch.** Die Nationalparlamentung in Weimar soll den Monat August zur Fertigstellung der größten Steuerordnung (Vermögensabgabe, Umsatzsteuer u. dgl.) benutzen und sie bis zum Anfang September fertigstellen. Ob das gelingen wird, und besonders, ob es gut gelingen wird, ist allerdings die Frage. Wir wissen aus dem alten Reichstage genügend, wie manches nicht stimmte, wenn es zu sehr über die Kräfte gebrochen werden mußte. Auf vier Wochen mehr kommt es auch nicht an.

— Die könnten schon bedeutend größere Lebensmittelpreise haben, als wir erhalten, z. B. an geräucherter Fische, denn sich in den betreffenden Reichsstellen die Wirtschaft des geräucherten Fisches nicht zu sehr bemerkbar machte. Die schönsten Verbindungen müssen nichts, wenn der Magen dabei leer bleibt. Wenn dem Handel, wenigstens in einzelnen Branchen, freie Hand neben den Reichsstellen gegeben würde, dann würde sich bald zeigen, wie es am besten verhielt. In Sachen der geräucherter Fische sagen auch die Holländer, daß sie bedeutend mehr liefern können, als ihnen abgemessen werden. Auch Argentinien setzt sich in höchstem Maße willig, zu liefern. Mögen es Spezialisten sein, die dort große Mengen aufgespeichert haben, sie sind jetzt bereit, zu Preisen abzugeben, die dazu helfen, eine allgemeine Preisbilligung zu fördern. Was heute in großen Städten noch möglich ist, zeigt die Tatsache, daß in Berlin Eier noch mit 1,40 Mk. pro Dutzend bezahlt werden. Schokolade ist man dagegen schon im besetzten Rheinland, von woher auch zahlreiche Gemütsmittel zu herabgesetzten Preisen angeboten werden.

**Vermischtes**  
**39 Milliarden**

beträgt jetzt unser Papiergeldumlauf. Dem steht ein Goldbestand von etwa anderthalb Milliarden gegenüber. Das ist also ein Deckungsdefizit von nicht einmal vier Prozent. Bedenkt man, daß vor Kriegsbeginn unsere Reichsbanknoten weit über das vorgeschriebene Drittel, in über die Hälfte mit Gold gedeckt waren, und heute nicht einmal zu einem Fünftel aus Gold bestehen, so kann man den Tiefstand unserer Reichsbanknoten nicht befehlen. Die Reichsbanknoten unserer Reichsbanknoten sind zu den unerschwinglichen auf den internationalen Geldmärkten und Notenumlauf das im neutralen Zustand das letzte Vertrauen zu unserer einseitig so guten deutschen Reichsbank. Und es könnte Abhilfe ge-

schaffen werden. Es ist wohl möglich, den ganz ungerichtet fertigen hohen Papiergeldbedarf herabzusetzen, das Vertrauen des Auslandes wiederzugewinnen, unsere Valuta zu heben und damit alle Preise zu verbilligen. Es brauchen nur alle Banknotenhalter ihre Schecks in den Verkehr zu bringen, damit der Fluß des unter der Teuerung stehenden Volkes von ihnen genommen werde. Und es sollte nur der unzulässige Massenverkauf deren Geldes durch Anwendung von Schecks und Ueberweisungen erlegt werden. Das ist die Rettung. Heraus darum mit allen Geldes aus Strumpf, Strohhut und Kommodenfasen, aus Kasse und Briefkasten. Hin zur Bank, Sparkasse, Genossenschaft, die es zur Reichsbank weiterleiten, zu dem mit allen Mitteln zu erstrebenden Endziel: Herabminderung des unerträglich hohen Notenumlaufs!

**Noch keine Auflösung der Ganges- und Bedarfs-scheinpflicht.** Nach Mitteilungen in einzelnen Blättern soll eine Aufhebung der Besuchs- und Scheinpflicht für Textilwaren in Aussicht genommen sein. Im Publikum ist vielfach die Meinung verbreitet, daß diese Aufhebung bereits erfolgt sei. Das ist indes nicht der Fall. Textilwaren, soweit sie nicht auf der Preisliste stehen, sind heute noch besuchspflichtig. Schuhwaren unterliegen nach wie vor der Besuchs- und Scheinpflicht.

**Der Räufing im Gebäck.** — Was alles im Gedächtnis eines Eisenbahnwagens vergessen werden kann, zeigt folgender Vorfall. Der Bäckermeister B. in Rathenow ließ seinen Sohn taufen. Die Feierlichkeit wurde, da die Schatzkammer des Bäckermeisters an den Besuch gefesselt war, in deren Wohnort in Rönnow begangen. Nach der Feierlichkeit wurde die Kirche mit dem kleinsten Angetreten. Als die Taufgesellschaft den Bahnhof in Rathenow verlassen hatte, fehlte der Räufing. Man hatte ihn im Gebäck der Kleinbahn liegen gelassen. Der Zug hatte bereits wieder abgehrt und wollte aus der Stadt hinaus. Die aus 16 Personen bestehende animierte Gesellschaft veranlaßte ein Bekommen hinter dem Zuge, aber vergebens. Erst auf der nächsten Station wurde das Baby gefunden und ausgeliefert.

**Ein Flug Krieger-Verlin.** Mittwoch nachmittags nahm das Großflugzeug „D. 69“ auf dem Flugfeld Alpern bei Wien, auf dem Wege Romens—Podest nach Berlin, eine Zwischenlandung vor. An Bord waren 22 Personen, darunter Herren der ukrainischen Gesellschaft und zwei deutsche Kriegsgefangene, die schon fünf Jahre fern von der Heimat waren. Nach erfolgter Reparatur wurde der Flug nach Berlin fortgesetzt.

**Von Widdern erschossen.** Die Förster Birkenfeld aus Klitten und Saffen von der Mühlneuburg bei Berlin wurden, wie aus Dortmund gemeldet wird, auf einem Neuzug durch die Wäldungen bei Widdern von Widdern erschossen. Drei der Tat verdächtige Personen sind verhaftet worden.

**Dem Baden erstraken im Raubmörder.** Es bei Grabung der Hauptmann P. o. l. und Wizenachmeister W. von einer Heubühnderektion.

**Der Hai als Seelichthier.** Auf der Insel Fünen gehen seit einiger Zeit Gerüchte herum, daß man in den Gewässern um die Insel mehrfach die „Seelichthier“ gesehen habe. Jetzt ist es gelungen, das Fabeltier zu fangen; es war ein Hai von drei Metern Länge, der größte, den man je an der Küste Fünens gefangen hat.

weider sagen die vorliegenden Nachrichten nichts darüber, um welche Art von Hai es sich gehandelt hat.

**Der Prozess gegen Frau Scheinrat Lepa, geb. Kallmorgen, in Berlin.** Ist jetzt, nachdem die Anklage schon vor einem Jahr erhoben worden war, in ein neues Stadium getreten. Es handelt sich bei der auf schwere Urkundenfälschung und Betrug bezügliche lauten Anklage um umfangreiche Wechsel-fälschungen und Beträge, die zusammen sich auf etwa 2 1/2 Mill. Mk. belaufen. Die Angeklagte war feinerget-pflichtig mit der Behauptung hervorgerufen, gestes-tet zu sein. Ein Gutachten des Gerichtsarztes ging jedoch dahin, daß von einer Geisteskrankheit keine Rede sein könne. Nachdem sich Frau Lepa jetzt länger Zeit in Bad Nauheim aufgehalten hat, ist nunmehr der Antrag gestellt worden, sie zuecks Erlangung eines weiteren Gutachtens der Psychiatrenanstalt Götter-walde auf die Dauer von 6 Wochen zu überweisen. Von den Verteidigern ist gegen diesen Beschluß der Strafammer Beschwerde beim Kammergericht erhoben worden, aber die noch keine Entgegung getroffen wurde. Die Verhandlung vor der Strafammer wird unmittelbar nach dem Gerichtsarztes stattfinden. Es sind über 50 Zeugen geladen.

**Wagdeburg, 30. Juli.** Die Soldaten Erik und Axel von der Leiton-Vorort-Brigade in Hamburg, hatten die Abteilungskasse erbrochen und waren mit 38 000 Mk. käftig geworden. Ueber Hamburg und Hannover kamen sie am 24. d. Mts. nach Wagdeburg und machten sich durch große Geldausgaben verdächtig, so daß die Kriminalpolizei zu ihrer Verhaftung schritt. Vorangeführt wurden bei ihnen noch 11 000 Mk., 19 000 Mk. haben sie nach ihrer Angabe bei einer Maschinenfabrik zurückgelassen, bei der sie die letzte Nacht vor ihrer Verhaftung zugebracht hatten. Da die Frau käftig geworden ist, ist anzunehmen, daß sie diese Summe an sich genommen hat.

**Gingelstadt.**

Die Schiffleitung trägt für Artikel an dieser Stelle lediglich die preis-günstige Bekanntmachung.

— Zur Ergänzung des Berichtes in Nr. 88 d. Bl. über den Tod der Frau Starke in Jachendorf geben wir Nachstehendes bekannt:

Dieser unglückliche Vorfall spielte sich nicht am Freitag, sondern in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ab. Nach Angabe des Täters soll es um 2 Uhr nachts geschehen sein. Als der Täter den Schlaf abgeben hatte, wurde er nicht etwa die Angehörigen, welche nur 1/2 Minute vom Tatort entfernt wohnten, er holte auch keine ärztliche Hilfe herbei, sondern ging in sein Wohnraum, holte einen Aechter, und überließ dem die Unglückliche. Erst früh um 3 Uhr sorgte er für ärztliche Hilfe. Der Schlaf ist aus allerhöchster Nähe, wie es auch der Gerichtsarzt feststellen hat, abgeben. Die Unglückliche war von 80—100 Schrottkörnern getroffen und die Einschüsse waren zum Teil verdammt. Von Seiten des Täters wurde der Familie auch kein Beistand angedrückt, sondern gewisse Umstände lassen darauf schließen, daß der unglücklichen Frau auch nach die Ehre genommen werden soll. Sollte die Defensivität Interesse daran haben, wie die Einzelheiten behandelt worden sind, so können weitere Mitteilungen erfolgen. (St.)

**Änderung der Anordnung betreffend Regelung der Milchhöchtpreise.**

Unter Aufhebung meiner Anordnung vom 5. Mai 1919 wird meine Anordnung vom 7. September 1918 D. P. 7041 betreffend Regelung der Milchhöchtpreise wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:  
Der Höchtpreis beim Verkauf von Milch durch den Erzeuger sowie beim Verkauf von Milch, welche aus einer oder mehreren Aufhaltungen gezogen ist, (Milcherzeugerhöchtpreis) beträgt ab Hof für Vollmilch 50 Pfg. für das Liter. Bei Lieferung frei Wagniswagen oder Schiff der Verladestelle (Abverladestelle) oder, wenn keine Bahn oder Schiffverbindung vorhanden, frei Empfängerstelle des Abnehmers am Bestimmungsort 60 Pfg. für das Liter Vollmilch und 25 Pfg. für das Liter Butter- oder Wagnermilch.
2. § 1 Absatz 5 erhält folgende Fassung:  
Für von Molkereien einwandfrei gelieferte Vollmilch wird ein Zuschlag von 4 Pfg. je Liter gestattet.
3. Diese Anordnung tritt am 1. August 1919 in Kraft.  
Wagdeburg, den 23. Juli 1919.

Der Oberpräsident der Prov. Sachsen. In Vertretung v. v. e. r.

**Stadtverordneten-Versammlung**

am Sonntag den 3. August 1919 nachmittags 4 Uhr.

**Tagessordnung:**

1. Kenntnisnahme von der Bewilligung eines einmaligen Vtrages von 5000 Mk. zu den Armenlasten aus der neuen Dotationsrente.
2. Erteilung der Genehmigung zu dem abgesehen notariellen Vertrage wegen Erwerb des Pfarraders Plan Nr. 236 in Größe von 7,85 ha.
3. Zustimmung zum Abschluß eines Vertrages mit den H. Wiedebachs Montanwerten A. G. in Halle a. S. wegen Errichtung von 25 Kleinfeldungen in der Stadtblur.
4. Anderweitige Festsetzung der Dienstbezüge d. r. Schuldiener und Nachpostbeamten.
5. Festsetzung des Ortsrats für die Erhebung der Marken- und Luftkraftsteuer.
6. Vereinstellung von Mittel für die zu errichtende Volkshochschule.
7. Beschlußfassung wegen Anwendung des Gesetzes vom 4. Juni 1919 (preussische Gesetzammlung Nr. 26 19) betr. Gemeindefinanzbestimmung für das Rechnungsjahr 1919.

Leipzig, den 29. Juli 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Schwarz.

**Achtung!**

Warnen vor dem Betreten meines Feldes, da ich Selbstschüsse gefügt habe  
R. Schmidt, Gröben.

**Ehrenerklärung.**

Die gegen Frau Helene Weber ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück.  
Bertha Schulze.

**Dienstmädchen**

erhält, wer die Naumburg-Zeitung Laucha zur Infektion  
von 13 — 16 Jahren sucht sofort  
Ent Nr. 6 Jachendorf.



**Fort mit jeder minderwertigen Schuhkrem!**

Dr. Guntner's

**Nigrin**

reine Desinfektionsmittel, kein Tierprodukt, keine Wassercreme, erhält das Leder dauerhaft, gibt schönen auch bei Regen haltbaren Vogellack.  
Kleiniger Hersteller: Carl Guntner, Obbingen (Württemberg).

**Kirchliche Nachrichten**

am 7. Sonntag n. Fr. (3. 8. 19)  
Leipzig: Vorm. 10 Uhr Predigt, danach B. d. e. n. f. Abendmahl Pf. Ketzmann.  
Gröben: Nachm. 1 1/2 Uhr Predigt Oberpf. Plagemann.  
Kernrichen: Vorm. 1/2 Uhr Pf. Lehmann.

**Rasiermesser, Rasier-Apparate, Rasierbecken, Rasierpinsel, Rasierseife, Abziehsteine, Streichriemen, Haarschneidemaschinen, Haarschneid-scheeren**

empfehlen in großer Auswahl zu billigen Preisen.  
Ferd. Grosse.

**Ein Fortrier**

entlaufen, hochend auf den Namen W. d. Wiederbringer erhält gute Belohnung.  
Borwerk Ragul.

**Ia. Tafel-Schokolade Kohler Callers Orient Wan-Eta**

empfehlen  
Br. Billhardt.

- 1 silberne Herruhr,
- 1 Paar braune Leder-gamaschen
- 1 Paar Halbstiefel Nr. 29

stehen preiswert zu verkaufen. Wer jagt die Geschäftsstelle d. Bl.

**Ca 1 Morgen Weizen**

auf dem Stamm zu verkaufen, wo sagt die Expedition.

**Für Zimmerleute**

- 1 Paar Spundhobel
- Kath und Feder, verschiedene andere Hobel, Bohrer, Winkel, u. d. verschiedenes andere zu verkaufen.
- Trenn- u. Bahnstr. 93.

**Juwelieriges Mädchen**

oder Frau als Aufwartung zum 1. August gesucht.  
Frau Charlotte Ersfahr.

**Ia. holl. Kakao, Ia. Schokoladen-Pulver**

empfehlen  
Br. Billhardt.

Frisch eingetroffen:  
ff. geräucherte Schell-fische,

ff. geräucherte Serringe,  
ff. Scholle in Essig,  
ff. Scholle in Göllee

ff. laure Gurken und gebäckene Pfannnen  
empfehlen  
Max Dittmann.

Eine Partie

**Holzpanzern**

a Paar 2,50 Mk. zu verkaufen  
H. W. Müller, Dammstr. 1.

Suche für Gasgrundstück  
10000 Mk. auf sichere Hypothek Näheres in der Expedition.

**Heidelbeeren**

verkauft  
R. K. Kraft, Holzhandlung.

## Lebensmittel.

Zum Verkauf kommen:  
 1. Am 2. August 1919 vormittags, in den Batterverkauftstellen von Pösterlein, Nupich, Weißer, Lengacher und Müller  
 a) auf die Zettelmärkte No. 18 **50 Gramm Auslandsbutter** zum Preise von 1,05 Mk.  
 b) auf die Zettelmärkte No. 18 **50 Gramm Auslandsbutter** zum Preise von 1,05 Mk.  
 2. Am 2. August 1919 bei der Handelsfrau Anna Müller auf die Verkaufsnummern 481-620, bei dem Handelsmann Franz Nupich auf die Verkaufsnummern 621-880 für jede Person  $\frac{1}{2}$  **Pfund Quark** zum Preise von 55 Pfg. Brotmarken sind vorzulegen.  
 3. Am 2. August 1919 in dem Schulsaal in der Heigerstraße auf die Fleischmärkte No. 2 an die Inhaber der Verkaufsnummern 726-825 **1/2 Pfund Wurst**.  
 Teuchern, den 1. August 1919.  
 Der Magistrat. Zimmermann.

**Stadtverordnetenversammlung.**  
 Die am 3. August stattfindende Sitzung findet nicht 2 Uhr sondern 4 Uhr statt.  
 Der Stadtverordnetenvorsteher. Schwarz.

**Obstverpachtung.**  
 Das frühe Gartobst **Apfel u. Birnen** an den Baumpflanzungen der nachbenannten Provinzialstraßen soll  
**Sonnabend, den 2. August 1919** vormittags 9 Uhr in der Gastwirtschaft „Schloßkeller“ Zeigerstr. 15 hier, öffentlich verpachtet werden.  
 a) Halle-Weihenfelds-Gedartsberga km 24,486 bis 24,6.  
 b) Weihenfelds-Zeig-Wiebelroth km 9,0 bis 10,160; 11,650 bis 12,8; 13,0 bis 13,114.  
 Bedingungen im Termin.  
 Weihenfelds, den 25. Juli 1919. Gempel, Straßenmessen.

**Schlemmkreide**  
 eingetroffen bei **R. Näther.**  
**Geräuch. Delikatess-Heringe**  
 in Dosen, große Dose 10 Mk., kleine Dose 2 Mk.  
**Neue saure Gurken**  
 selbst eingelegt, Stück 40 und 50 Wenig empfiehlt  
**Carl Hoffmann.**

Neue selbstgelegte  
**saure Gurken**  
 empfiehlt billigst **R. Näther.**

**Achtung Achtung**  
**Sonntag, den 3. August, nachmittags 2 Uhr**  
 im „Norddeutschen Hof“  
**Öffentliche**  
**Volkversammlung**

Tagessordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Professor Roth, Jena, über:  
**Was bringt die Volkshochschule der Arbeiterschaft.**  
 2. Freie Aussprache.  
 Der Mitbegründer der Thüringer Volkshochschulen wird dieses hochinteressante Thema behandeln. Zweck und Ziele, wie auch die ganze Einrichtung der nächsten zu gründenden Volkshochschule sollen erörtert werden. Darum ersuche niemand diese wichtige Versammlung. Der Einberufer.

**Lichtspiele „Weiße Wand“**  
**Sonnabend, d. 2. und Sonntag, d. 3. August**  
**Fern Andra!** **Fern Andra!**  
 Die beliebte Künstlerin in der Hauptrolle  
**Zwei Menschen**  
 Drama in 5 Akten.  
 Da genannter Film auf dem Spielplan aller großen Lichtspieltheater steht, kann er nur 2 Tage hier gezeigt werden.  
 Dazu  
**Carola Edle.**  
**Chrysantheme**  
 Drama in 4 Akten.  
**Voranzeige.**  
**Dienstag, d. 5., Mittwoch, den 6. u. Donnerstag, den 7. August**  
**Die Liebe der Bajadere**  
 Film-Schauspiel in 5 Akten  
 Um recht zahlreichen Besuch bittet  
**W. HÖHN.**  
**Teuchern.**

**Amerikan. Schmalz**  
 per Pfund 15,00 Mk.  
**Amerikanischer Speck**  
 per Pfund 13,00 Mk.  
**1a holländischer Kakao**  
 per Pfund 22,00 Mk.  
**gebrannten Vollkornkaffee**  
 per Pfund 20,00 Mk.  
**1918er Sardellen**  
 per Pfund 9,00 Mk.  
**feinste Delfardinen**  
 Dose 4,75 Mk.  
**Olivenöl**  
 das Liter 28,00 Mk.  
**feinste Nürnberger Salzburfen**  
 Stück 75 Wenig

empfehlen  
**Ferdinand Greffe.**  
**Himbeersaft**  
 gar. rein mit Zucker  
 empfiehlt  
**Br. Billhardt.**  
**Zum guten Tropfen**  
**Sonnabend d. 2. u. Sonntag d. 3. August**

**Euten- und Raningenauskegeln**  
 freundlichst ladet ein  
**Bräu Bornschein.**  
**Restaurant Runtal**  
 Zu meinem am **Sonntag den 3. August** stattfindenden  
**Vogelschiessen**  
 lade freundlichst ein  
**Dr. Gierh.**  
 Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

**Sportplatz am Dammweg.**  
**Sonntag den 3. August**  
 nachm.  $\frac{1}{3}$  Uhr  
**Fussball-Wettbewerb**  
 Sportvereinigung (früher Hohenzollern) III Weihenfelds gegen Sportvereinigung „Erfag-Elf“ Teuchern.

**Teuchern Schützenplatz (Gemütliche Ecke)**  
**W. Billes** Kunst-Figuren Theater.  
**Freitag, d. 1. August**  
**Männer-Stolz und Frauen-Rache.**  
 Schauspiel in 5 Akten.  
**Sonnabend d. 2. August**  
**Die Grube zu Hekendorf**  
 oder **Bergknappe u. Obersteiger**  
 Schauspiel in 5 Akten.  
**Sonntag, d. 3. August**  
**Die Zwergschlucht zu Wolkenstein**  
 oder **Der Frauenräuber**  
 Schauspiel in 5 Akten  
**Nachmittags  $\frac{1}{4}$  Uhr Kindervorstellung**  
**Rasper in Tyrol**  
 Lustspiel in 5 Akten  
 Es ladet freundlichst ein **W. Bille.**

**Beamtenvereinigung Teuchern und Umgegend**  
**Sonntag, d. 3. August, vormittags 10 Uhr**  
**Vertholds Restaurant**  
**Vortrag**  
 des Abt. d. Deutschen Nat.-Verf. **Kronen** (Recht-Soz.) über  
**Die Stellung der Beamten in der deutschen Republik.**  
 Alle Beamte aus Teuchern u. Umgegend, auch Nichtmitglieder, werden hierdurch herzlich eingeladen. Der befristeten Zeit des Referenten wegen muß die Verlesung frühlich beginnen. **Der Vorstand.**

**Volkshund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.**  
 Ortsgruppe Teuchern  
 Zum Besten unserer demnächst heimkehrenden Gefangenen findet am  
**Sonntag den 10. August**  
 im Gasthof zum Löwen  
**Theater und Ball** von abends 7 Uhr an  
 Theater ausgeführt vom V. V. „Fidelio“ Teuchern.  
 im Gasthof zum grünen Baum  
**Ball** von nachmittags 4 Uhr an statt.  
 Der Reinertrag bleibt zu Gunsten unserer Kriegs- und Zivilgefangenen im Orte.  
 Die umliegenden Ortschaften gehören der Ortsgruppe Teuchern an.  
 In Anbetracht dieses guten Hilfswerkes, bitten wir um recht zahlreichen Besuch.  
**Der Vorstand.**

**Sportvereinigung von 1919.**  
 Zu unterm am  
**Sonnabend, den 2. August d. Js. von abends 6 Uhr**  
 ab im Saale des Gasthofs zum Löwen stattfindenden  
**Sommer-Vergnügen**  
 laden wir die geehrte Einwohnerschaft von Teuchern und Umgegend sowie Sportinteressenten höflich ein.  
**Der Vorstand.**

**Schützensalon.**  
**Sonntag, den 3. August**  
**Grosses Sommer-Vergnügen**  
**Anfang nachmittags 4 Uhr** **Entrée 25 Pfg.**  
**ff. Bier - hell und dunkel.**  
**Kaffee und Kuchen**  
 Wom freundlichst einladet **Emil Schirmer.**  
**Gasthof Gröben.**  
 Die Gesellschaft Edelweiß, Gröben, veranstaltet  
**Sonnabend, den 2. August, abends 7 Uhr** einen  
**Wohltätigkeits-Ball**  
 zum Besten der heimkehrenden Kriegsgefangenen.  
 Laden dazu die geehrte Einwohnerschaft von Gröben u. Umgebung freundlichst ein.  
 Alle aus dieser Veranstaltung erzielten Reinerträge kommen ungekürzt den Gefangenen zu Gute. **Die Gesellschaft.**

**Auf nach Meineweh!**  
**Burschen- u. Mädchenvereinigung**  
**Veilchenblau Schortau.**  
 Zu dem am **Sonntag den 3. August** im Landmann'schen Gasthof stattfindenden  
**BALL**  
 laden ergebenst ein  
**Der Vorstand.** **Der Wirt.**

Die Verlobung unserer Kinder  
**Fridel und Albin**  
 beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.  
**Albert Müller und Frau Selma, geb. Wittig.**  
**Eduard Schwabe.**  
 Teuchern.  
**Fridel Müller**  
**Albin Schwabe**  
 Verlobte  
 im Juli 1919  
 Gröben

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Beyeranz Teuchern.

# Österreichischer Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verlagspreis: Der Anzeiger kostet wöchentlich 20, Reichsmark, alle 30 W.  
Wagnersdruckerei in der Gießstraße 10, Teuchern, Kreis Bismarck, 10  
Kilometer nördlich von Magdeburg, am 2. August 1919.  
Wird am Donnerstag 10 Uhr. Öftere und längere Anzeigen  
werden am vorhergehenden Tage in unseren Blättern sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag  
ebenfalls 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtag für den Anzeiger: durch unsere Geschäftsstelle 1,75 RM.  
von unserer Seite im Jahr gebracht 1,95 RM und durch den  
Abnehmer 1,95 RM.

Stichtag für die monatliche Beiträge werden außer in der Ge-  
schäftsstelle, Kreisstraße 10, auch von unseren Seiten und allen  
Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 90.

Sonntag, den 2. August 1919.

58. Jahrgang.

## Die letzte Woche.

Gerade zur fünften Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung der 1914 ist die stürmische Bergangheits-Debatte in der Nationalversammlung zu Weimar über die Friedensbedingungen des Sommers 1917 zum Abschluss gekommen. Nach dem, was in diesen Erörterungen ausgesprochen ist, können wir heute auch die Frage aufwerfen, ob der Krieg überhaupt zu verhindern war, denn Österreich-Ungarn ist von vornherein kein Bundesgenosse der kaiserlichen Mächte gewesen. Von Weimar aus hat es im Juli 1914 an ernstlichen Versuchen, den Frieden zu erhalten, nicht gefehlt, aber der Kriegswille der Entente war mächtiger. In der Schlacht in Verdun, Paris und Komorn die Entscheidung der Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns zureichender gewesen, als in Berlin, wo man im Auswärtigen Amt auch von England so gut dachte, daß man nicht an seine Teilnahme am Kriege glauben wollte? Hat in London die Überzeugung bestanden, daß Österreich kein vollwertiger Bundesgenosse für Deutschland sei, so wäre von vornherein die kaiserliche Entschlossenheit zur Teilnahme am Kriege erklärt.

Darüber ist England im Verlauf des Krieges hart genug in Bedrängnis geraten, und es hat dann auch nach Angehörigen gesucht, um für den schlimmsten Fall zwei Eisen in Feuer zu haben, wie es immer die Methode der englischen Politik war. Das ist der Hintergedanke des sogenannten englischen Friedensvertrages vom 30. August 1917, der Großbritannien zu nichts verpflichtete, aber doch zu einer Verhandlungsstufe herbeiführen konnte, wenn es die Verhältnisse als ratsam erschienen ließen. Diese eigentliche Absicht des Londoner Kabinetts hätte aber der Reichskanzler Dr. Michaelis sofort erkennen und es darauf festhalten sollen. Daraus wäre dann für Deutschland hätte eine wirksame diplomatische Waffe geworden, denn daß schon im September 1917 die Verhandlungen zum Frieden geführt hätten, ist nicht anzunehmen. Denn man wüßte ja in London, oder erfuhr es doch gleich nachher, wie es um Österreich-Ungarn stand, nachdem man schon ein Vierteljahr vorher durch den Bruder der Kaiserin Zita von Österreich die Mitteilung erhalten hatte, daß der Wiener Hof zum Frieden geneigt war und ihn mit Opfern erkaufen wollte.

Und damit gelangen wir zu dem scharfen Gegensatz in der Auffassung der Kriegslage, wie er zwischen Wien und Berlin in jener kritischen Zeit bestand, über den in Weimar meist forgottenen ist. Der Minister des Auswärtigen Graf Savenin, in Wien sah unter dem 12. August 1917 den Krieg so bestimmt als verloren an, daß er mit schmerzlichen Vorbehalten für die Mittelmächte rechnete. Im Berliner Kramat vom 9. September 1917 füllten Hindenburg und Ludendorff dagegen noch die Fortreibungen auf, die nach ihrem militärischen Ermessen für Deutschlands Schutz mit Bezug auf Belgien erforderlich seien. Auch dieser Widerspruch der Wiener und Berliner Meinungen über die Kriegslage auf die Dauer nicht gut tun konnte liegt auf der Hand. Und Tatsache ist, daß Österreich-Ungarn militärisch in Italien Mitte 1918 verlagte, als wir uns zu großen Hoffnungen anschickten. Wenn die österreichische Devotion rechtzeitig im vollen Maße gewirkt worden wäre, so hätten wohl deutsche Truppen im Osten fortgenommen und zur Abführung der müden Soldaten im Westen verwendet werden können. Damit hätte sich im Oktober und November 1918 vielleicht alles geändert.

Wir müssen diese Bergangheits-Debatten kritisch doch zum Abschluß gelangen lassen, denn die Gegenwart hat das größte Recht, und die Pflicht, diesen zu genügen, steht obenan. Die Ansprüche der Entente auf Grund des Friedensvertrages, die schon laut werden, beweisen, daß uns nichts geschenkt werden wird, wir haben für Geld oder Geldwert, Sacharbeiter für den Wiederanbau der verletzten französischen Städte und für Kohlen zu sorgen. Das alles ist nicht aus dem Boden zu kumpfen, und wir wollen hoffen, daß die notwendige Arbeit nicht durch politischen Streit und Streit verfrachtet wird. Die Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar wendet sich jetzt wieder der Gesetzgebung zu. Nach der Reichsverfassung kommt die größten der zahlreichen Erntegeräte an die Reihe.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages ist noch nicht weiter fortgeschritten, die amerikanische Vollversammlung in Washington führt fort, dem Präsidenten Wilson Schwierigkeiten zu bereiten. Ertrübnisweise macht sich trotzdem die bessere Entscheidung in Deutschland geltend, unter demselben hat sich wenig ins Zeug gesetzt, und auch die heimischen Erntegeräte sind befriedigend bis gut. Berichte voll Akkumulation kommen besonders aus den Gebieten des Ostens, die uns verloren gehen sollen, das Aufheben des kaiserlichen Zusammenhanges mit Deutschland macht Umwälzungen für die Bevölkerung nötig, die wir im alten Deutschland gar nicht im vollen Umfang durchführen können.

## Wenn Deutschland nicht unterzeichnet hätte.

Von gut unterrichteter Seite erfährt der Korrespondent der „Köfischen Zeitung“ in Rom, daß die Alliierten sich bereits grundsätzlich über die Maßnahmen geeinigt hätten, die für den Fall zu ergreifen waren, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnete. Der erste Artikel des neuen Friedensvertrages, der Deutschland dann vorgelegt worden wäre, hätte folgendermaßen gelaute: „Das Deutsche Reich hat aufgehört zu bestehen.“ Die Alliierten hätten Deutschland dann in einzelne Staaten aufgeteilt die sich ohne die Zustimmung der Entente nicht wieder von neuem hätten zusammenschließen dürfen.

## Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Das Reichsnotgesetz — für den Feind.  
Die Entente ist prompt auf dem Platz. Der Gegenwart über das Reichsnotgesetz ist eben erst vom Staatsratsamt verabschiedet und noch nicht einmal der Nationalversammlung unterbreitet worden, um



und durch die Einführung des Notgesetzes am 2. August ist der Reichsnotgesetz in Kraft getreten. Die Entente ist prompt auf dem Platz. Der Gegenwart über das Reichsnotgesetz ist eben erst vom Staatsratsamt verabschiedet und noch nicht einmal der Nationalversammlung unterbreitet worden, um

## Der Vatikan gegen Eraberger.

Dem vatikanischen Korrespondenten der offiziellen französischen Zeitschrift „L'Echo“ wurde zu der Veröffentlichung der Dokumente durch Deutschland erklärt, daß der Sachverhalt ungenau dargestellt und falsch ausgelegt worden sei. Es handelte sich keineswegs um einen von England und Frankreich ausgehenden Friedensschritt bei der kurzen Abfassung der Mitteilung, die englischen Gesandten an den vatikanischen Hof, sondern es handelte sich vielmehr um das Gegenteil. Die Mitteilung hätte die Gründe auf, die einen Frieden unmöglich machen, insbesondere jene, die Belgien betreffen. Der heilige Stuhl überdies eine Abschrift mit einem Begleitreiben an den Vatikan. Diese beiden Dokumente werden veröffentlicht werden. Es wäre dies bereits höchst wahrscheinlich, wenn nicht der „Liberatore Romano“, das offizielle Organ des Papstes, infolge des Streits der Typographen am Erscheinen verhindert wäre.

Die Sabas-Meldung wird durch ein Telegramm des römischen Korrespondenten der „Londone Times“ bestätigt, der vom Kardinalstaatssekretär empfangen wurde. Dieser sagte dem Korrespondenten ebenfalls, daß Eraberger's Erklärung nicht richtig war und daß der heilige Stuhl wegen des Mißverständnisses der betreffenden Dokumente dieselben veröffentlichen werde.

## Neuorganisation der preussischen Polizei.

Die Bedingungen des Friedensvertrages legen dem Deutschen Reich, wie bekannt, die Verpflichtung auf, sein bestehendes Heer auf 100.000 Mann herabzusetzen. Diese 100.000 Mann sind aber in keiner Weise ausreichend, um bei der durch den Krieg und die Revolution gelockerten Moral und der dadurch vergrößerten Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Ordnung in allen Teilen des Reichs aufrecht zu erhalten, wie es für die Durchführung der Friedensbedingungen geboten ist. Es hätte also nichts übrig, da die Entente ein größeres Heer nicht zulassen will, als an einen Neuaufbau und eine Neuorganisation unserer Staatspolizei zu gehen. Die Organisation ist bereits im Gange. Hier die Einzelheiten der Neuordnung wird folgendes beinhalten:

In den preussischen Großstädten kam bisher auf etwa 250 bis 270 Köpfe ein Schutzmann, in den Stadtgemeinden auf etwa 3000 Köpfe ein Gendarm. Es ergab sich die Notwendigkeit, an Stelle der über das ganze Gebiet verstreuten Schutzmännchen junge Mannschaften, die nicht durch ihre Familien gebunden sind, für den Polizeidienst zu gewinnen. Nicht ist eine vollständige, die Schutzmännchen durch zu ersetzen, ist wird auch weiterer Personalbedarf haben und unter zöllen Befehl stehen. Das wesentlichste der Neuorganisation ist die Schaffung einer sogenannten „Polizei-Organisation“, die in der Hauptstadt auf 100.000 Köpfe zu bestehen wird, die in den Provinzen untergebracht wird, um für den Fall von Unruhen eine jederzeit bereitete Truppe zur Verfügung zu haben. Die Art der Verwendung ähnelt der der militärischen Truppen. Die Polizeipolizeimannschaft wird mit militärischer Disziplin zu bilden, um für den Fall von Unruhen eine jederzeit bereitete Truppe zur Verfügung zu haben. Die Art der Verwendung ähnelt der der militärischen Truppen. Die Polizeipolizeimannschaft wird mit militärischer Disziplin zu bilden, um für den Fall von Unruhen eine jederzeit bereitete Truppe zur Verfügung zu haben.

Die alte Schutzmännchen wird nach der Durchführung der Neuorganisation in der bisherigen Form nicht notwendig sein. Sie wird auf etwa die Hälfte verringert werden müssen. Die Verringerung soll jedoch in der Weise durchgeführt werden, daß keinerlei Rechte gegen diese Beamten dabei berührt oder beschränkt werden. Die gesamte Neuorganisation soll vorläufig nur eine sechsmonatige sein, aus der Rat des Augenblicks heraus geboren. Zahlreiche preussische Stadterverwaltungen sind wiederholt an den Minister herangetreten mit der Bitte, die Polizeiorganisation zu ändern, um für eine angemessene Vermehrung der Polizeipolizei zu sorgen. Die Staatsregierung hat vorläufig davon abgesehen, die Landesparlamentum mit dem Projekt zu befragen. Die Staatsregierung hat jedoch den Plan, wie er vorliegt, vor sich auszuführen. Die Zustimmung der Entente zu der Neuorganisation liegt zwar noch nicht vor, dürfte jedoch erfolgen, da nur auf diese Weise einmüßig die Garantien geschaffen werden können, die Friedensvertragsbedingungen nach Möglichkeit durchzuführen und die Erfüllung des Vertrages nicht durch innere Unruhen zu gefährden.

Das Kommando über die territorialen Truppen der Reichspolizeiorganisation, das Zentrum und die Demokraten haben über die Frage der Ausbildung und Neugliederung von Bundesstaaten, die auf einen gemeinsamen Antrag zur dritten Lesung der Verfassung genehmigt. Danach soll im Art. 18 gelang werden, daß nicht drei Fünftel aller Wahlberechtigten, sondern aller abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten, zum Beschluß eines Gesetzes erforderlich sind, und daß eine solche Abstimmung auch zulässig ist, wenn es sich nur um Abtretung eines Teils eines preussischen Regierungsbezirks, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt. Die Veränderungen des Gebiets von Ländern und die Neuorganisation von Ländern innerhalb des Reiches erfolgen durch Verfassungsergänzungen, die durch die Verfassung gebilligt werden müssen.

Die Städte und die Finanzreform. Unter dem Vorbehalt des Oberfinanzdirektors werden in den

Die Städte und die Finanzreform. Unter dem Vorbehalt des Oberfinanzdirektors werden in den

Die Städte und die Finanzreform. Unter dem Vorbehalt des Oberfinanzdirektors werden in den